

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3030 Bern

20. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV); Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision.

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur ATSG-Revision haben wir Ihnen mit Stellungnahme vom 17. Mai 2017 eröffnet, dass wir die mit der ATSG-Revision verfolgten Ziele weitestgehend begrüssen. Mit den nun vorgeschlagenen Verordnungsänderungen zur ATSG-Revision erlässt der Bundesrat die notwendigen Ausführungsbestimmungen. Dem Grundsatz nach sind wir mit den aufgestellten Ausführungsbestimmungen einverstanden. In allgemeiner Hinsicht würden wir es allerdings begrüssen, die Aufgaben des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) stärker auf seine Aufsichtsfunktionen zu konzentrieren und die eigentlichen Vollzugsaufgaben der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) zuzuweisen. Die nachfolgenden Bemerkungen zu den einzelnen Normen beziehen sich auf dieses Anliegen.

Zu einzelnen Bestimmungen der Änderungsvorlage

Art. 14 Abs. 1

Die Geltendmachung des Regresses sollte nach unserer Auffassung der ZAS statt dem BSV übertragen werden.

Art. 17b lit. f

Als Verbindungsstelle sollte unseres Erachtens ebenfalls die ZAS und nicht das BSV festgelegt werden.

Art. 141^{quater} Abs. 3 AHVV

Die Vollzugsverantwortung für das Informationssystem sollte ebenfalls der ZAS statt dem BSV übertragen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Markus Dieth
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- bereich.recht@bsv.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
bereich.recht@bsv.admin.ch

Appenzell, 14. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) - Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren


Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen grundsätzlich. Wir haben lediglich Einwände dagegen, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen als gesetzliche Aufsichtsbehörde gemäss Verordnungsentwurf gleichzeitig auch als Durchführungsstelle agieren soll. Dies würde gegen den verfassungsmässigen Grundsatz der Trennung von Durchführung und Aufsicht verstossen. Wir beantragen dementsprechend, dass die Durchführungsaufgaben von Art. 14 Abs. 1 ATSV, Art. 17b Buchstabe f ATSV und Art. 114quater Abs. 3 AHVV nicht dem Bundesamt, sondern der Zentralen Ausgleichsstelle zugewiesen werden. Damit wäre die gewünschte schweizweite Koordination möglich und die Trennung von Durchführung und Aufsicht trotzdem beachtet.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Per E-Mail

Eidg. Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen

bereich.recht@bsv.admin.ch

Angela Koller

stv. Departementssekretärin
Tel. +41 71 353 64 57
angela.koller@ar.ch

Herisau, 25. Mai 2020

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Stellungnahme. Appenzell Ausserrhoden lässt sich zur Vorlage wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen die Revision der ATSV im Grundsatz. Vorbehalte haben wir jedoch dort, wo die Verordnung gegen den verfassungs- und gesetzmässigen Grundsatz der Trennung von Durchführung und Aufsicht verstösst. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist die gesetzliche Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherungen. Mit dem Verordnungsentwurf würde das BSV in mehreren Bereichen gleichzeitig zu einer Durchführungsstelle, ohne dass dies näher begründet wird oder notwendig ist:

- Mit Art. 14 Abs. 1 ATSV wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich des Rückgriffs.
- Mit Art. 17b lit. f ATSV wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich der Familienzulagen.
- Mit Art. 141quater Abs. 3 AHVV (SR 831.101) wird das BSV zur Durchführungsstelle, indem es ein Informationssystem anbieten muss.

Wir beantragen, diese Aufgaben allesamt der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) zuzuweisen. Damit ist eine schweizweite Koordination möglich und die Trennung von Durchführung und Aufsicht wird trotzdem gewährleistet. Eine so grundlegende Vermischung von Durchführung und Aufsicht würde ohnehin zumindest eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage benötigen und kann nicht auf Verordnungsstufe eingeführt werden.

Zu Art. 17f–17k ist zu bemerken: Für die Durchführungsstellen ist eine Abschätzung der Kostenfolgen nicht möglich. Wir gehen aber davon aus, dass sich die jährlichen Betriebskosten für alle Beteiligten (ZAS, BSV und Durchführungsstellen) in der Grössenordnung von 2.5 Millionen Franken bewegen werden, wie dies in den verschiedenen Gremien verlautet wurde. Damit würden die einzelnen Durchführungsstellen umgehen können.



Appenzell Ausserrhoden

Freundliche Grüsse

Angela Koller



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
3003 Bern

per E-Mail an: Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Ihr Zeichen: 20. Mai 2020
Unser Zeichen: 2020.DIJ.1319

RRB Nr.: 580/2020
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) - Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision (18.029)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 hat uns das Eidgenössische Departement des Innern die Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft unterbreitet. Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur Vorlage Stellung nehmen zu können.

Mit den Änderungen des ATSV und der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) soll die bereits beschlossene Revision des ATSG auf Verordnungsstufe umgesetzt werden. Neben den rein terminologischen Anpassungen geht es vor allem um Regelungen betreffend die Zuständigkeiten, den Aufbau und Betrieb von Infrastrukturen (vor allem Datenplattformen wie ALPS für den Bereich der Versicherungsunterstellungen sowie SWAP im Rentenbereich), die Finanzierung dieser Infrastruktur über Gebühren zu Lasten der Durchführungsstellen und die Datenbearbeitung in der internationalen Zusammenarbeit. Gerne teilt der Regierungsrat Ihnen mit, dass er mit den Verwaltungsänderungen einverstanden ist.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christoph Ammann
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Per E-Mail an:

Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Liestal, 5. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision, Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision unsere Stellungnahme abzugeben.

Die Änderungen der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) betreffen im Wesentlichen:

- Ausführungsbestimmungen zu internationalen Sozialversicherungsabkommen
- Kompetenz- und Zuständigkeitsregelungen auf Bundesebene
- Begriffliche Anpassungen

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst die Konkretisierung im nationalen Recht. Da die Bestimmungen jedoch in erster Linie die Kompetenzen und Durchführung auf Bundesebene regeln, haben wir dazu keine Anliegen.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen

Basel, 6. Mai 2020

Regierungsratsbeschluss vom 5. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision; Vernehmlassung
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Teilrevision der ATSV zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen zukommen.

Wir stimmen den vorgeschlagenen Änderungen vollumfänglich zu. Bis auf einen redaktionellen Änderungswunsch erübrigt sich deshalb eine Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen.

Im vorgeschlagenen neuen Kapitel 3a der ATSV zur Durchführung internationaler Sozialversicherungsabkommen wird im 2. Abschnitt die Erhebung von Gebühren von den einzelnen Versicherungsträgern für die Einrichtung und Nutzung der elektronischen Infrastruktur geregelt. Zur Verdeutlichung des Inhalts des vorgeschlagenen Art. 17k ATSV schlagen wir vor, den Titel „Modalitäten“ durch die Bezeichnung „Berechnungsgrundlagen für die Grund- und Nutzungskosten“ zu ersetzen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Dr. Antonis Haniotis, Leiter Amt für Sozialbeiträge, antonios.haniotis@bs.ch, Tel. 061 267 86 39, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Office fédéral des assurances sociales
Etat-major de direction
Secteur droit
3003 Berne

Courriel : Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Fribourg, le 12 mai 2020

Modification de l'ordonnance sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA) – Dispositions d'exécution concernant la révision de la LPGA - Consultation

Mesdames, Messieurs,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier en date du 19 février 2020. Nous remercions le DFI pour l'invitation à prendre position concernant l'objet susmentionné.

Le Conseil d'Etat n'a pas de remarques à faire sur le projet de modifications de l'ordonnance du 11 septembre 2002 sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA ; RS 830.11), du règlement du 31 octobre 1947 sur l'assurance-vieillesse et survivants (RAVS ; RS 831.101) et de l'ordonnance du 18 avril 1984 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (OPP 2 ; RS 831.441.1).

En vous remerciant du travail effectué, nous vous adressons, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat :

Anne-Claude Demierre, Présidente



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat



Genève, le 18 mai 2020

Le Conseil d'Etat

2496-2020

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne

Concerne : consultation sur la modification de l'ordonnance sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA) – dispositions d'exécution concernant la révision de la LPGA

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a pris connaissance avec intérêt de votre courrier du 19 février 2020 concernant l'objet cité en marge et vous remercie de lui offrir la possibilité de donner son avis sur cette modification d'ordonnance.

Après un examen attentif des dispositions d'exécution proposées concernant la modification du 21 juin 2019 de la loi fédérale du 6 octobre 2000 sur la partie générale du droit des assurances sociales (révision de la LPGA) et du rapport explicatif qui l'accompagne, nous vous informons que les modifications proposées sont approuvées par notre Conseil.

En effet, ces dernières apparaissent justifiées, en tant qu'elles permettent d'assurer la mise en place de l'infrastructure technique nécessaire à l'échange électronique de données avec les pays européens, ce qui s'impose à la Suisse afin de réaliser la coordination des assurances sociales dans le cadre de l'Accord sur la libre circulation des personnes. En outre, elles optimisent l'application de la loi dans le domaine des recours et assure la cohérence avec le droit en vigueur en adaptant certaines dispositions à la terminologie du nouveau droit de la protection de l'adulte. Nous n'avons pas d'autres remarques particulières à formuler à ce sujet.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière

Michèle Righetti

Le président :

Antonio Hodgers

Volkswirtschaft und Inneres
Zwinglistrasse 6
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement
des Inneren EDI

Glarus, 14. Mai 2020
Unsere Ref. 2020-30

Vernehmlassung i. S. Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Grundsätzliche Einschätzung

Am 21. Juni 2019 hat das Parlament eine Änderung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) verabschiedet. Die Referendumsfrist ist am 10. Oktober 2019 ungenutzt abgelaufen.

Im Zuge der Revision des Bundesgesetzes werden nun auch Anpassungen auf Verordnungsebene (Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts [ATSV]) notwendig.

Die notwendigen Änderungen umfassen drei Themenbereiche:

- a. Anpassungen im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU
- b. Anpassungen im Zusammenhang mit einem Leitentscheid des Bundesgerichts
- c. Anpassungen im Zusammenhang mit dem revidierten ZGB (Terminologie des Erwachsenenschutzrechtes)

Es ist darauf zu achten, dass bei der Revision der ATSV auf den verfassungs- und gesetzmässigen Grundsatz der Trennung von Durchführung und Aufsicht geachtet wird und keine Vermischung dieser beiden Kompetenzen erfolgt. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist die gesetzliche Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherungen. Mit dem Verordnungsentwurf würde das BSV in mehreren Bereichen gleichzeitig zu einer Durchführungsstelle:

- Mit Art. 14 Abs. 1 ATSV wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich des Rückgriffs.
- Mit Art. 17b Bst. f ATSV (Verbindungsstelle Familienleistungen) wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich der Familienzulagen.
- Mit Art. 141^{quater} Abs. 3 AHVV (SR 831.101) wird das BSV zur Durchführungsstelle, indem es ein Informationssystem zur Verfügung stellen muss.

Wir stellen Ihnen den Antrag, diese Aufgaben allesamt der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) zuzuweisen. Damit ist eine schweizweite Koordination möglich und die Trennung von Durch-

führung und Aufsicht wird trotzdem beachtet. In der Tat bräuchte es für eine so grundlegende Vermischung von Durchführung und Aufsicht zumindest eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage. Eine solche kann nicht allein auf dem Verordnungswege eingeführt werden.

2. Anmerkungen und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen / Änderungen

Anpassungen im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU:

In der Verordnung werden neu die Stellen definiert, welche die Aufgaben als zuständige Behörden, Verbindungsstellen und zuständige Träger im internationalen Verhältnis wahrnehmen. Dies wurde im Zuge eines öffentlich zugänglichen elektronischen Verzeichnisses seitens EU notwendig. Zudem soll der Datenaustausch neu mittels Electronic Exchange of Social Security Information EESSI gewährleistet sein. Die Kosten der Infrastruktur werden verursachergerecht verteilt.

Fazit: Im Zuge der Digitalisierung ist dieser weitere Schritt zu begrüssen.

Anpassungen im Zusammenhang mit einem Leitentscheid des Bundesgerichts:

BGE 143 III 79, der Leitentscheid des BGer, führt dazu, dass der Begriff «Gesamtgläubiger» zu ersetzen ist. Gemäss dieser Rechtsprechung kann jeder Gläubiger unabhängig von den anderen seinen eigenen Anspruch geltend machen, aber nur diesen. Ein Gläubiger kann sich nur um die Einforderung der Ansprüche des andern kümmern, sofern dies gesetzlich angeordnet worden ist.

Fazit: Kein Kommentar.

Anpassungen im Zusammenhang mit dem revidierten ZGB (Terminologie des Erwachsenenschutzrechtes:

Neu werden Begriffe des ATSV auf die Terminologie des revidierten Erwachsenenschutzrechtes angepasst.

Fazit: Ist zu begrüssen.

3. Bemerkungen

Art. 17f bis 17k: Für die Durchführungsstellen ist eine Abschätzung der Kostenfolgen nicht möglich. Wir gehen aber davon aus, dass sich die jährlichen Betriebskosten für alle Beteiligten (ZAS, BSV und Durchführungsstellen) in der Grössenordnung von 2.5 Millionen Franken bewegen werden, wie dies in den verschiedenen Gremien verlautet wurde. Damit würden die einzelnen Durchführungsstellen umgehen können.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



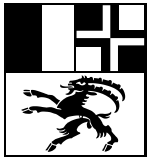
Marianne Lienhard
Landesstatthalter

E-Mail an: bereich.recht@bsv.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

5. Mai 2020

Mitgeteilt den

6. Mai 2020

Protokoll Nr.

380

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI

E-Mail: Bereich.Recht@bsv.admin.ch

**Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) - Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision
- Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst die Änderungen der Ausführungsbestimmungen zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts und verzichtet auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Office fédéral des assurances sociales
Direktionsstab
Bereich Recht
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Envoyé par courriel à:
bereich.recht@bsv.admin.ch

Delémont, le 19 mai 2020

**Modification de l'ordonnance sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA).
Dispositions d'exécution concernant la révision de la LPGA**

Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien remercie le Conseil fédéral de l'avoir invité à participer à cette procédure de consultation et vous transmet ci-après sa prise de position sur les modifications envisagées.

Le projet d'ordonnance mis en consultation ne touche pas directement les intérêts des cantons. Toutefois, le Gouvernement jurassien partage les préoccupations de ses organes d'exécution cantonaux, raison pour laquelle il souhaite prendre position comme suit.

D'une manière générale, le projet d'ordonnance est approuvé. Seules, les réserves suivantes sont à signaler.

Les organes d'exécution, par la Conférence des caisses cantonales de compensation, la Conférence des Offices AI et l'Association suisse des caisses de compensation professionnelles, demandent à ce que les compétences d'exécution attribuées par le projet d'ordonnance à l'OFAS soient, en lieu et place, attribuées à la Centrale de Compensation (CdC). Le Gouvernement jurassien soutient cette requête. En effet, elle se justifie d'un point de vue juridique par l'absence de base légale permettant de déroger au principe, ancré dans la LPGA et les diverses lois d'assurances sociales, selon lequel l'OFAS exerce des fonctions de surveillance. En pratique, une distinction claire entre les tâches d'application et de surveillance est le gage d'une exécution efficace. Pour ces raisons, il faut renoncer à ce que les tâches d'exécution prévues aux nouveaux art. 14 al. 1 OPGA, 17b let. f OPGA et 141^{quater} al. 3 RAVS soient attribuées à l'OFAS.

S'agissant de la répartition des coûts d'utilisation des infrastructures liées à l'exécution des traités internationaux (art. 17f et suivants), le Gouvernement jurassien constate, à l'instar des organes d'exécution, qu'il est en l'état impossible de prévoir l'étendue des charges qui devront être assumées. Dans l'intérêt évident d'une bonne gestion, il est impératif que les montants prévisibles à charge de chaque organe d'exécution puissent être évalués. A cette fin, il est souhaitable que les montants qui ont pu être évoqués au cours des travaux d'élaboration du projet puissent être garantis.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie d'agréer, Madame, Monsieur, ses respectueuses salutations.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Martial Courtet
Président




Gladys Winkler Docourt
Chancellerie d'Etat



Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

per E-Mail
Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Luzern, 12. Mai 2020

Protokoll Nr. 475

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 gaben Sie den Kantonsregierungen Gelegenheit, zur eingangs erwähnten Änderung eine Vernehmlassung abzugeben. Dafür danken wir. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates des Kantons Luzern teilen wir Ihnen mit, dass wir zu den Vorschlägen keine Bemerkungen haben.

Freundliche Grüsse

Guido Graf
Regierungsrat



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 19. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision mit der Bitte, bis zum 26. Mai 2020 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken herzlich für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

1 Allgemeine Bemerkungen

Nach den Regeln einer Good Governance sollten die Aufgaben zwischen Aufsicht und Durchführung möglichst klar getrennt sein. Gesetzesrevisionen geben einen konkreten Anlass, hinsichtlich dieses Grundsatzes möglichst eine Entflechtung anzustreben. Wir stellen jedoch fest, dass die vorliegende Revision genau in die andere Richtung geht. Diese wird zum Anlass genommen, weitere Durchführungsaufgaben der Aufsicht zuzuordnen, so z.B. im Bereich der Familienzulagen (Art. 17 b Buchstabe f ATSV) sowie auch durch das Anbieten einer (reinen) Fachapplikation im internationalen Bereich (Art. 17k; Art. 141quater AHVG). Wir erachten dies als eine unzeitgemässe und auch sachlich nicht gerechtfertigte Regelung. Zudem halten wir eine genügende gesetzliche Grundlage nicht für gegeben, die eine solche Aufgabenausweitung (im Bereich der Durchführung) abdecken könnte.

Mit der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf ist auf Bundesebene bereits eine Stelle vorhanden, welche Durchführungsaufgaben (auch im internationalen Bereich) wahrnimmt. Deshalb wäre es sachgerechter, der ZAS auch die in dieser Vorlage erwähnten Aufgaben zu übertragen.

2 Zu Art. 17f bis 17k

Die in den Erläuterungen erwähnte Abschätzung der Kosten im Umfang von 2.5 Mio. Franken nehmen wir zur Kenntnis. Wie sich diese zusammensetzen resp. berechnen, wird nicht dargestellt. Sofern die Kosten im erwähnten Rahmen anfallen, dürften diese insgesamt verkraftbar sein. Immerhin müssen diese Kosten von den Beitragszahlerinnen und -zahlern (Arbeitgebende, Arbeitnehmende) übernommen werden, welche erwarten dürfen, nur mit moderaten, auf einer wirtschaftlichen Arbeitsweise beruhenden Mehrkosten belastet zu werden.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Alfred Bossard
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber-Stv.

Geht an:
- Bereich.Recht@bsv.admin.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

Per E-Mail

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Bereich.Recht@bsv.admin.ch

(PDF- und Word-Version)

Sarnen, 12. Mai 2020/1097455

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision: Eröffnung Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 haben Sie uns zur Stellungnahme bezüglich Eingang erwähnten Geschäft eingeladen. Dafür danken wir Ihnen nochmals bestens. Die Frist läuft am 26. Mai 2020 ab.

Wir begrüssen im Grundsatz die Revision der ATSV im Grundsatz.

Allerdings führen die vorgeschlagenen Änderungen dazu, dass der Grundsatz der Trennung von Durchführung und Aufsicht durchbrochen wird, ohne, dass dies näher begründet wird oder eine Notwendigkeit ersichtlich ist. Es stellt sich zudem die Frage, ob es hierzu nicht eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage bräuchte. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist die gesetzliche Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherungen. Mit dem Verordnungsentwurf würde das BSV in mehreren Bereichen aber gleichzeitig auch zu einer Durchführungsstelle:

- Mit Art. 14 Abs. 1 ATSV wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich des Rückgriffs.
- Mit Art. 17b Buchstabe f ATSV wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich der Familienzulagen.
- Mit Art. 141^{quater} Abs. 3 AHW (SR 831.101) wird das BSV zur Durchführungsstelle, indem es ein Informationssystem anbieten muss.

Wir stellen den Antrag, diese Aufgaben allesamt der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) zuzuweisen. Die ZAS ist das zentrale Vollzugsorgan des Bundes im Bereich der ersten Säule der Sozialversicherungen. Wenn die ZAS die erwähnten Durchführungsaufgaben übernimmt, ist eine schweizweite Koordination möglich und die Trennung von Durchführung und Aufsicht wird gleichfalls beachtet.

Zu Art. 17f bis 17k erlauben wir uns folgenden Hinweis: Für die Durchführungsstellen ist eine Abschätzung der Kostenfolgen nicht möglich. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die jährlichen Betriebskosten für alle Beteiligten (ZAS, BSV und Durchführungsstellen) in der Grössenordnung von 2.5 Millionen Franken bewegen werden, wie dies in den verschiedenen Gremien verlautet wurde. Damit würden die einzelnen Durchführungsstellen umgehen können.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Daniel Wyler
Regierungsrat

Kopie an:

- Staatskanzlei (OWSTK.3661)
- Sicherheits- und Justizdepartement (per E-Mail)
- Ausgleichskasse/IV-Stelle Obwalden, Herr Cajus Läubli (per E-Mail)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96



St.Gallen, 5. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision bis zum 26. Mai 2020 ein. Wir danken für diese Gelegenheit und teilen Ihnen gern mit, dass die Regierung des Kantons St.Gallen die vom Eidgenössischen Departement des Innern vorgeschlagenen Änderungen der ATSV begrüsst.

Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann
Präsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Departement des Innern
Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 74 61
Fax +41 (0)52 632 77 51
sekretariat.di@ktsh.ch

Departement des Innern

Bundesamt für
Sozialversicherungen
3003 Bern

per E-Mail an:
Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 26. Mai 2020

**Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
(ATSV; SR 830.11) - Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision;
Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben des Eidgenössischen Departements des Innern vom 19. Februar 2020 wurden die Kantone und weitere interessierte Kreise zur Vernehmlassung in oben genannter Angelegenheit eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit, verzichten jedoch vorliegend auf eine Stellungnahme.

Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Departement des Innern
Der Departementssekretär a.i.

Stefan Lebeda

Bundesamt für Sozialversicherungen
Direktionsstab
Bereich Recht
Effingerstrasse 20
3003 Bern

19. Mai 2020

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 hat der Bundesrat zur Vernehmlassung betreffend die Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision eingeladen. Wir danken dem Bundesrat für diese Einladung und stellen Ihnen unsere Bemerkungen innerhalb der Frist zu.

1. Ausgangslage

Das Parlament hat am 21. Juni 2019 eine Änderung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG-Revision) verabschiedet.

Im Rahmen der Gesetzesänderungen wurden Anpassungen bei der Durchführung von internationalen Sozialversicherungsabkommen beschlossen, welche Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsebene notwendig machen. Gleichzeitig soll die ATSV im Bereich des Regresses an die bundesgerichtliche Rechtsprechung und die Organisationspraxis angepasst werden. Im Rahmen dieser Revision sollen auch die Terminologie zum alten Vormundschaftsrecht an das geltende Erwachsenenschutzrecht angepasst werden.

2. Beurteilung

2.1. Ausführungsbestimmungen im internationalen Kontext

Die Schweiz koordiniert ihre Sozialversicherungen mit den Sozialversicherungen der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen von Anhang II des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU, **FZA**).

Im Rahmen von Anhang II FZA sind für die Schweiz die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 vom 29. April 2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und die Durchführungsverordnung, die Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 anwendbar. Diese sind seit dem 1. April 2012 in den Beziehungen der Schweiz zu den EU-Mitgliedstaaten und

seit dem 1. Januar 2016 in den Beziehungen zu den EFTA-Mitgliedstaaten anwendbar.

Obwohl diese Verordnungen unmittelbar noch gelten, braucht es aufgrund der Modernisierung der Durchführung Konkretisierungen im nationalen Recht.

Wir haben keine Anmerkungen zu den geplanten Anpassungen, welche den internationalen Datenaustausch mit den beteiligten Staaten im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens neu in elektronischer Form sicherstellen wollen.

2.2. Anpassungen von Regressbestimmungen

Infolge der bundesgerichtlichen Rechtsprechung und aus Gründen der Organisationspraxis sind zwei Bestimmungen zum Rückgriffsrecht bzw. Regress teilweise anzupassen. Einerseits ist der Begriff Gesamtgläubiger zu ersetzen, da es sich bei einer Mehrzahl von Regressgläubigern weder um eine Gesamt- noch um eine Solidarbürgschaft handelt. Neu muss von einer einfachen Teilgläubigerschaft gesprochen werden. Andererseits wird eine Präzisierung in Bezug auf die Regressorganisation vorgenommen. Obwohl die Geltendmachung von Rückgriffsansprüchen vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) an die kantonalen Ausgleichskassen, die Schweizerische Ausgleichskasse oder die IV-Stellen übertragen werden kann, behält sich das BSV eine Mitwirkung in jedem Fall vor.

Wir sind damit einverstanden, dass die Verordnungsbestimmungen an die aktuelle Rechtsprechung und Organisationspraxis angepasst werden.

2.3. Anpassung von Begriffen an das geltende Erwachsenenschutzrecht

In dieser Revision sollen die Begriffe "bevormundet", "Vormund" und "Vormundin", die noch dem alten Vormundschaftsrecht entsprechen, an die Terminologie des geltenden Erwachsenenschutzrechts angepasst werden. Neu sollen deshalb die entsprechenden Beistandschaften gemäss ZGB verwendet werden.

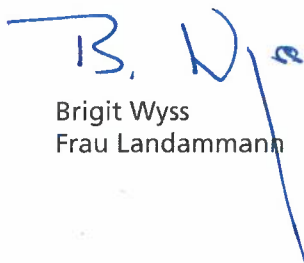
Auch diesen Anpassungen stimmen wir zu. Es ist richtig, die aktuell geltende Terminologie des Erwachsenenschutzrechts auch in den anderen gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden.

3. Zusammenfassung / Fazit

Wir erkennen die Notwendigkeit der Anpassungen in der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts und stimmen diesen uneingeschränkt zu. Aus diesem Grund wird auch auf die Stellungnahme zu Anpassungen in den einzelnen Artikeln der Verordnung verzichtet.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Brigit Wyss
Frau Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber

 KANTON **solothurn**

Regierungsrat
4509 Solothurn

19.05.20

CH - 4509
Solothurn

2000132

1.00 P.P. 4509 Solothurn



A
STANDARD
DIE POST 



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

An das
Eidgenössische Departement des Innern

Bereich.Recht@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 12. Mai 2020

EDI: Änderung Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV)
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) führt mit Schreiben vom 19. Februar 2020 eine Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision durch. Innert Frist nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Grundsatz

Wir begrüssen die Revision der ATSV im Grundsatz.

2. Anträge

Die Verordnung verstösst in mehreren Bereichen gegen den verfassungs- und gesetzmässigen Grundsatz der Trennung von Durchführung und Aufsicht. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist gesetzlich Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherungen. Mit der Verordnung wird das BSV in mehreren Bereichen – und dies ohne Grundlage im ATSG – zu einer Durchführungsstelle: Mit Art. 14 Abs. 1 ATSV wird das BSV zur Durchführungsstelle im Bereich des Rückgriffs. Mit Art. 17b Buchstabe f ATSV zur Durchführungsstelle im Bereich der Familienzulagen. Mit Art 141quater Abs. 3 AHVV (SR 831.101) wird das BSV zur Durchführungsstelle, indem es ein Informationssystem anbieten muss. Wir stellen Ihnen den Antrag, diese Aufgaben allesamt der Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) zuzuweisen. Damit ist eine zentrale Koordination möglich, und die Trennung von Durchführung und Aufsicht wird beachtet.


Kontaktperson ist Andreas Dummermuth, Geschäftsleiter der Ausgleichskasse Schwyz
(Tel. 041 819 04 10, andreas.dummermuth@aksz.ch).

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Ihnen, sehr geehrter Herr
Bundesrat, unsere vorzügliche Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Alain Berset
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 12. Mai 2020

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) - Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

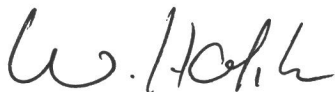
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, in erwähnter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Wir begrüssen die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber-Stellvertreter



Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'interno
Ufficio federale delle assicurazioni
sociali
Effingerstrasse 20
3003 Berna

Trasmissione (in formato word e pdf) a:
Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Modifica dell'ordinanza sulla parte generale del diritto delle assicurazioni sociali (OPGA) – Disposizioni d'esecuzione della revisione della LPGA

Gentili signore,
Egredi signori,

vi ringraziamo per la possibilità concessaci di esprimerci sull'avamprogetto riguardante le disposizioni d'esecuzione relative alla revisione della LPGA, posto in consultazione dal Consiglio federale anche in lingua italiana.

A tale proposito, vi comunichiamo che condividiamo le modifiche proposte e non abbiamo quindi alcuna osservazione da formulare.

Con i migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

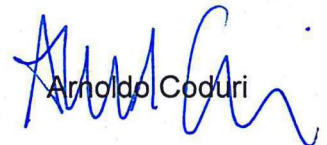
Il Presidente:

Norman Gobbi



Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri



Copia p.c.:

- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch);
- Istituto delle assicurazioni sociali (ias@ias.ti.ch; servizio.giuridico@ias.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet

Per Mail:
Bereich.Recht@bsv.admin.ch

Altdorf, 26. Mai 2020

**Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV)
– Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2020 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Kantone eingeladen, eine Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSV) – Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision abzugeben. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Aufgrund der Prüfung der Vernehmlassungsunterlagen teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Uri von der Möglichkeit zur Stellungnahme keinen Gebrauch macht.

Wir zählen auf Ihr Verständnis und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion



Barbara Bär, Regierungsrätin

Kopie an:
– Sozialversicherungsstelle Uri

Réf. : MFP/15026558

Lausanne, le 20 mai 2020

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la partie générale du droit des assurances sociales – OPGA - dispositions d'exécution concernant la révision de la LPGA

Mesdames, Messieurs,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté sur la modification de l'ordonnance citée en titre et vous fait part, ci-après, de sa détermination.

Pour nous déterminer, nous avons consulté les services concernés de l'Etat de Vaud.

1. Modifications proposées

La consultation porte sur la révision de l'ordonnance sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA) qui fait suite à la révision de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA). Les modifications portent essentiellement sur la mise en œuvre de l'échange d'information au niveau international pour les assurances sociales. Les coûts de l'infrastructure servant à l'échange électronique de données seront à la charge des utilisateurs et les émoluments doivent être fixés en tenant compte de l'utilisation par chaque institution de sécurité sociale. Les coûts sont estimés à CHF 2.5 mios qui seront répartis sur les utilisateurs, soit les agences sociales (donc les cantons).

L'ordonnance pose les principes de fixation des émoluments pour utiliser cette plateforme d'échange.

2. Remarques générales

Le Conseil d'Etat n'a pas de remarques particulières quant à l'adaptation de l'ordonnance aux modifications légales.

Cela étant, il s'étonne toutefois que la Confédération, au titre d'utilisateur et de principal bénéficiaire de l'échange automatique d'information ne participe pas plus aux coûts de mise en œuvre du dispositif. Le Conseil d'Etat estime que cette gestion centralisée à la Confédération devrait être pérenne.

Il estime également que les prestations pour les familles, y compris les allocations de maternité, devraient être traitées par le même organisme, soit celui compétent en matière d'allocations familiales. En effet, les organes compétents pour l'application de la LAPG-allocation de maternité sont les Caisses de compensation (art. 17 LAPG).

Il considère par conséquent peu judicieux de nommer l'Institution commune de la LAMal comme organisme de liaison pour les prestations de maternité (art. 17b, let a OPGA) ; outre le fait qu'il n'y a pas de raison de mettre sur un même pied la maladie et la maternité, il en résulte des imprécisions pour la suite de la lecture de l'OPGA ; ainsi l'institution compétente pour les prestations de l'allocation de maternité est la caisse de compensation (art. 17c, al.1, let d) ; le service de la Confédération responsable de l'infrastructure servant à l'échange électronique de données est l'OFAS (art. 17e, al.1); pour les coûts de base (art. 17g), les prestations de maternité ne sont pas mentionnées, donc l'on suppose qu'elles sont intégrées sous « prestations familiales » (art. 17g, al.2 let c), à moins de l'être sous « assurance-maladie » (let a).

3. Conclusion

Le Conseil d'Etat accueille favorablement cette modification réglementaire, mais souhaite que les deux remarques ci-dessus soient prises en compte et les textes modifiés en conséquence.

Vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- Parties consultées
- DGCS
- OAE



P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Inselgasse 1
3003 Berne



Date **13 MAI 2020**

Consultation relative à la modification de l'Ordonnance du 11 septembre 2002 sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA), dispositions d'exécution concernant la révision de la LPGA

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le 19 février 2020, le Conseil fédéral a invité les cantons à prendre position d'ici au 26 mai 2020 sur la modification de l'Ordonnance sur la partie générale du droit des assurances sociales (OPGA).

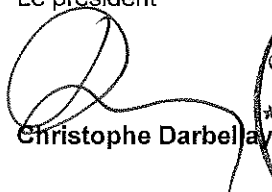
La modification porte sur l'adaptation et l'introduction de dispositions réglementaires d'exécution concrétisant les articles 75a à 75c de la Loi fédérale sur la partie générale des assurances sociales (LPGA), portant sur l'exécution des traités internationaux en matière de sécurité sociale et adoptés par le Parlement en date du 21 juin 2019. Le projet comprend également des ajustements en matière de droits de recours ainsi que des corrections terminologiques.

Le Canton du Valais a l'honneur de faire usage de l'opportunité de prendre position et, dans le délai imparti, vous communique qu'après examen attentif des modifications proposées, il n'a pas d'observation particulière à émettre.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de lui avoir offert l'occasion de prendre position et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Christophe Darbelay



Le chancelier


Philipp Spörri

Copie : Bereich.Recht@bsv.admin.ch





Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

18. März 2020 (RRB Nr. 247/2020)

Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für die mit Schreiben vom 19. Februar 2020 eingeräumte Gelegenheit, zur Änderung der Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.11) sowie weiterer Ausführungsbestimmungen zur ATSG-Revision Stellung zu nehmen, danken wir Ihnen.

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen, zumal sie der Umsetzung der ATSG-Revision dienen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Carmen Walker Späh

Dr. Kathrin Arioli

